

#### Wahlprüfsteine an die Parteien

Am 26. September 2021 wird der 20. Deutsche Bundestag gewählt. In der anstehenden Legislaturperiode müssen wichtige Entscheidungen in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik fallen: Artikel 91b des Grundgesetzes muss endlich mit Leben gefüllt werden, die Digitalisierung in der Wissenschaft muss weiter vorangetrieben werden und die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft insbesondere für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in frühen Karrierephasen müssen verbessert werden.

Die HRK hat sich zu diesen und weiteren für die Hochschulen essenziellen Fragen positioniert und der 147. Senat der HRK hat mit Blick auf die Bundestagswahl „Wahlprüfsteine“ entwickelt: In knapper, zugespitzter Form hat sie bei den Vorsitzenden die Position der jeweiligen Partei erfragt. Die Antworten sind hier im Wortlaut dokumentiert. Dies dient der Transparenz in der Hochschulpolitik, macht Konfliktlinien und Übereinstimmungen deutlich und wird auch als Referenz für die Bundespolitik nach der Neuwahl des Parlaments dienen.

Anmerkungen: Die Antworten werden in der Reihenfolge der Stimmanteile im Bundestag in der 19. Legislaturperiode wiedergegeben. Die AfD hat bisher auf die Anfrage nicht reagiert. Für weitere wissenschaftspolitische Forderungen an die nächste Bundesregierung siehe Allianz der Wissenschaftsorganisationen.

#### Frage 4: Akademisierung von Gesundheitsberufen

Wie beabsichtigen Sie, die Einrichtung und den dauerhaften Betrieb von primärqualifizierenden Studiengängen in den Gesundheitsberufen, die mit bundesgesetzlichen Reformen in den Aufgabenkreis der Hochschulen übertragen werden, angemessen, transparent und nachhaltig zu finanzieren?

Antwort der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)

Antwort der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)

Die Umsetzung der getroffenen Maßnahmen werden wir intensiv begleiten und dort, wo es notwendig ist, nachjustieren. Beispielhaft ist das Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung genannt. Hier ist uns gelungen, die Ausbildung auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Die bisherige Struktur – Hochschulstudium mit anschließender Ausbildung – wird durch eine Direktausbildung im Rahmen eines verfahrensbreiten und altersgruppenübergreifenden Studiums abgelöst. Insgesamt betrachtet erreichen wir bessere Vergütungsmöglichkeiten für die künftigen Psychotherapeuten in Weiterbildung („PiAs“). Darüber hinaus unterstützen wir unter anderem mit dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ die Maßnahmen der Bundesländer, entsprechende Studienplatzkapazitäten auszubauen.

Antwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Antwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Auf Bitte der 90. Gesundheitsministerkonferenz hat sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit der Neuordnung der Ausbildung der Gesundheitsfachberufe befasst und Eckpunkte für ein „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ vorgelegt. Die Arbeitsgruppe stellt hierin zur Finanzierung fest: *Die Bewältigung der mit der Finanzierung verbundenen Herausforderungen erfordert gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten, insbesondere von Sozialversicherungsträgern, Ländern und dem Bund, um eine Lösung zu finden. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft eine gesetzliche Initiative zur Akademisierung weiterer Gesundheitsberufe nur nach Absprache mit den Ländern ergreifen. Die Länder prüfen, wie sie ihre Verantwortung im Hinblick auf die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen auch zukünftig wahrnehmen. Sie tragen durch die Finanzierung der staatlichen Schulen und Hochschulen, durch die Schulaufsicht und die Durchführung der staatlichen Prüfungen sowie die Investitionskosten der Ausbildungsstätten einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung bei. Soweit eine Finanzierung über bestehende Systeme aufgrund struktureller oder rechtlicher Rahmenbedingungen nicht möglich sein sollte, soll die Frage der Finanzierung für die Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe möglichst einheitlich gelöst werden.* Auf die übrigen

Feststellungen der Bund-Länder- Arbeitsgruppe wird verwiesen. Die SPD befürwortet diese Eckpunkte. Auf ihrer Basis wird in der kommenden Legislaturperiode über die Neuordnung der Ausbildung der Gesundheitsfachberufe weiter zu beraten sein.

Antwort der Freien Demokratischen Partei (FDP)

Antwort der Freien Demokratischen Partei (FDP)

Wir Freie Demokraten fordern, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von rund 2,5 Milliarden Euro in den Bildungssektor, die für die umfassende Modernisierung unseres Bildungssystems dringend notwendig sind.

Wir sehen den Bund als wichtigen Partner der Hochschulen. Mittelzuweisungen an die Länder und Hochschulen sollten auf der Basis qualitätsorientierter Kriterien, wie beispielsweise digitalisierter Lehrangebote oder einer verringerten Studienabbruchquote, erfolgen. Die Zuweisungen von Bundesmitteln an die Länder sollen dabei an individuelle und messbare Zielvereinbarungen zwischen dem Bund und dem jeweiligen Land gekoppelt werden. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag eine Initiative eingebracht (vgl. „Hochschulpakt 4.0 – Qualitätsoffensive für die Lehre“ BT-Drs.-19/4545).

Zudem muss gemeinsam mit den Ländern das Kapazitätsrecht reformiert werden. Den rapide veränderten Anforderungen an Hochschulen hinsichtlich heterogenen Studierendekohorten, digitaler Lehre und dem Ausbau von Lehrangeboten für das lebenslange Lernen können die Hochschulen mit einem Kapazitätsrecht aus den 1970er-Jahren nicht nachkommen. Wir brauchen eine Nachfolgevereinbarung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre, die noch stärker Qualität statt Quantität als Kriterium anlegt.

Antwort von DIE LINKE

Antwort von DIE LINKE

DIE LINKE befürwortet die Akademisierung von Berufsfeldern, in denen eine wissenschaftliche Ausbildung für eine qualitative Ausübung des Berufs notwendig ist oder in den letzten Jahren aufgrund gestiegener Anforderungen notwendig wurde. Die seit 2009 laufenden Modellprojekte zur Akademisierung von Gesundheitsberufen zeigen aus unserer Sicht positive Effekte für die Patientenversorgung und legen eine Akademisierung daher nahe. Die Akademisierung bestehender Berufe sollte aber nur dann angestrebt werden, wenn neue Tätigkeiten oder wissenschaftliche Weiterentwicklungen praktisch ein neues Berufsbild herausgebildet haben und die Ausbildung diesem Umstand Rechnung tragen muss. Die Etablierung und Ausgestaltung dieser neuen Studiengänge muss aus unserer Sicht finanziell auf Basis eines gemeinsamen Förderprogramms zwischen Bund und Ländern gestemmt werden und langfristig in die Grundfinanzierung der Hochschulen übergehen. Für vorgeschriebene praktische Leistungen sollen Studierende ein Entgelt erhalten. Dafür sollen die Länder entsprechende Konzepte vorlegen, wie sie die neuen Studiengänge finanziell und in der Fläche absichern wollen. Insbesondere die Mehrausgaben für die Umstellung von schulischer auf hochschulische Bildung, wie die Finanzierung der Praxisanleitung im Rahmen des primärqualifizierenden Studiums, sollten dabei vom Bund übernommen werden.

Antwort von Bündnis90/Die Grünen

Antwort von Bündnis90/Die Grünen

In den Gesundheitsberufen werden künftig komplexere Tätigkeiten anfallen als heute, darunter auch solche, die bisher von Ärzt\*innen wahrgenommen werden. Dazu müssen die Gesundheitsberufe befähigt werden. Bund und Länder sollen darum einen verbindlichen Fahrplan zur Akademisierung der Gesundheitsberufe vereinbaren. Dazu muss auch eine Vereinbarung gehören, wie die Kosten der Umstellung zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Unser Ziel ist, reguläre Studiengänge in diesen Bereichen zu einem verbindlich festgelegten Zeitpunkt in der nächsten Wahlperiode starten zu können. An der Erstellung dieses Fahrplans sind die entsprechenden Berufsverbände der Therapieberufe und die Hochschulverbände zu beteiligen.